

Plädoyer für die Freiberuflichkeit

VFB diskutiert mit EU-Politikern über Fremdbesitzverbot

Zu einem informativen Austausch rund um das Thema Fremdbesitzverbot und freiberufliche Werte im stetigen Wandel der Gesellschaft hatte der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) zusammen mit der Vertretung des Freistaates Bayern nach Brüssel eingeladen.



Das Präsidium des Verbandes Freier Berufe Bayern e.V. (VFB) diskutierte mit EU-Politikern in Brüssel unter anderem über ein Fremdbesitzverbot. Die Zahnärzte waren durch VFB-Vizepräsidentin Dr. Andrea Albert (2. v. r.) vertreten.

Nach der Begrüßung durch den Leiter der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union, Michael Hinterdobler, betonte VFB-Präsident Dr. Thomas Kuhn, dass sich mit der Zeit jeder Beruf verändern muss und verändern wird. Er appellierte an alle Verantwortlichen, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die auch in der Zukunft eine verantwortungsvolle Berufsausübung erlauben. Hierzu zählten für die Freien Berufe auch Mindestregulierungen wie das in Deutschland bewährte Fremdbesitzverbot. Der Verbraucherschutz dürfe nicht den Kapitalinteressen zum Opfer fallen. „Wenn die Kapitalrendite mein oberstes Ziel ist, verliere ich schnell den Fokus auf die Bedürfnisse des Verbrauchers“, so Kuhn.

Über das Thema Fremdbesitzverbot diskutierten Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP

(EVP), Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlamentes und Vorsitzende der CSU-Europagruppe; Henning Ehrenstein, Referatsleiter in der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) der Europäischen Kommission; Rudolf Kolbe, Stellvertretender Vorsitzender der Gruppe III Organisationen der Zivilgesellschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und Mitglied des Präsidiums und EU-Beauftragter der Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs, sowie Michael Schick, Syndikusrechtsanwalt und Geschäftsführer des EU-Verbindungsbüros Brüssel der Bundessteuerberaterkammer. Niebler betonte, dass sie die Einflussnahme von Fremdkapital bei den Freien Berufen sehr kritisch sieht. „Die Freien Berufe haben sich immer durch ihre Grundwerte, ins-

besondere ihre Gemeinwohlorientierung ausgezeichnet. Es fällt mir schwer, diese mit einem Kapitalgeber in Einklang zu bringen, denn dieser hat eben kein Interesse am Notdienst.“ Niebler betonte weiter, dass die Freien Berufe besonders in der Corona-Krise Hilfe vor Ort und Dienst am Menschen geleistet hätten. Diesen Realitäts- und Praxischeck hätten die Freien Berufe gut bestanden. Dies dürfe man nicht leichtfertig durch neue Regularien auf den Prüfstand stellen. Vielmehr sei es Aufgabe der Politik, die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Dem stimmte auch Henning Ehrenstein zu. Ob es dazu eines Fremdbesitzverbotes bedürfe, halte er aber für fraglich. Er stellte klar, dass jegliche Regulierungen unter Einhaltung der Verhältnismäßigkeit erfolgen müssten. Michael Schick beschrieb das besondere Verhältnis des deutschen Steuerberaters in Partnerschaft zum Staat, das in anderen europäischen Ländern in dieser Form unbekannt sei. Die Stellung des Steuerberaters als unabhängiges Organ der Steuerrechtspflege sei im Steuerberatergesetz verankert. Durch das Fremdkapitalverbot werde die Unabhängigkeit des Steuerberaters abgesichert. VFB-Ehrenpräsident Dr. Fritz Kempfer warnte vor den Konsequenzen einer Aufgabe des Fremdbesitzverbotes bei Rechtsanwälten und Steuerberatern. Zwar könnten Verschwiegenheitspflichten in Satzung oder Gesellschaftsvertrag geregelt werden, aber beides sei abänderbar. Die Verschwiegenheitspflicht der Freien Berufe sei dagegen im Gesetz geregelt und damit vom Staat mit Sanktionen beehrt.

Redaktion